

Jetzt auch noch Haushaltssperre: Landkreis Weilheim-Schongau muss Geld zusammenkratzen

Stand:28.07.2023, 14:23 Uhr

Von: [Stephanie Novy](#), [Rasso Schorer](#)



Auf den hohen Defizitenausgleich der Krankenhaus GmbH wies die Regierung von Oberbayern schon vor zehn Jahren hin. Verbessert hat sich seither nichts – ganz im Gegenteil. Jetzt hat der Kreistag eine Haushaltssperre beschlossen. © Novy

Landkreis – Landrätin Andrea Jochner-Weiß hat Ende Mai ein Schreiben der Regierung von Oberbayern erhalten. Das hat es in sich, es geht um den Haushalt 2023. Darin werden dem Landkreis Versäumnisse vorgeworfen. In der ersten Kreistagssitzung seitdem, jener am heutigen Freitag, wurde eine Haushaltssperre beschlossen.

Man kann das Schreiben der Regierung durchaus als Watschen für den Landkreis sehen. Oder für die Verwaltung und den Kreistag. Darin wird nicht nur auf die prekäre Haushaltssituation eingegangen. Es heißt auch deutlich, dass es lange versäumt wurde, dem Debakel, das durch die hohen Zuschüsse für die Krankenhaus GmbH entstanden ist, rechtzeitig entgegenzusteuern. „Wir haben den Landkreis Weilheim-Schongau seit über zehn Jahren in unseren Haushaltswürdigungen auf die Problematik des hohen Defizitenausgleichs hingewiesen und mit wachsender Dringlichkeit empfohlen,

nach Lösungen zu suchen. Diesen Hinweisen ist der Landkreis nur unzureichend gefolgt“, heißt es in dem Schreiben.

Die Regierung dröselte zudem die Finanzen nochmals auf. Dabei sticht vor allem die Pro-Kopf-Verschuldung heraus. Zu Beginn des Jahres lag diese im Landkreis bei 435 Euro – 2021 waren es im Landesdurchschnitt 168. Doch dabei bleibt es nicht. Zum Ende des Jahres spricht die Regierung von einer Weilheim-Schongauer Pro-Kopf-Verschuldung von 602 Euro und bis 2026, dem Ende des Finanzplanungszeitraums, wird sich der Betrag wohl auf rund 763 Euro erhöhen.

Massiven Veränderungen seien viele Landkreise unterworfen, hatte die Landrätin am Freitag vorweggeschickt und auf [Inflation, Pandemie und Ukraine-Krieg verwiesen](#). Die Regierung zeigt aber weiterhin auf: Die stetig steigende Verschuldung ist auf das Investitionsvolumen zurückzuführen, für das der Landkreis in diesem Jahr Kredit in Höhe von über 20,4 Millionen Euro benötigt. Für die Haushaltsjahre 2024 bis 2026 kommen dann wohl noch Kredite in Höhe von fast 38,5 Millionen Euro hinzu. Das Schreiben nennt als „maßgeblich für das hohe Investitionsvolumen“ weniger überraschend folgende Punkte: Ersatzneubau der Turnhallen am Gymnasium Weilheim, Generalsanierung FOS/BOS, Erwerb von Erweiterungsflächen für das Gymnasium Penzberg und das Landratsamtsgebäude an der Pütrichstraße in Weilheim sowie Investitionszuweisungen für die Krankenhaus GmbH.

Massive Zuschüsse für Krankenhäuser

Auf letztere geht die Regierung in ihrem Schreiben nochmals gesondert ein. Im laufenden Jahr wird damit gerechnet, dass der Landkreis rund 12 Millionen Euro als Ausgleich für den Betriebsverlust an die GmbH zahlen muss. Wobei die Krankenhaus GmbH nun mitgeteilt hat, dass die Summe sich wohl auf 14,3 Millionen Euro erhöhen wird. Diese nochmalige Steigerung sieht die GmbH in Erlösrückgängen des Schongauer Standortes seit dem Bürgerentscheid vergangenen Jahres begründet. Von 2024 bis 2026 waren jährlich ebenfalls 12 Millionen Euro angesetzt. Eine Steigerung ist hier allerdings wahrscheinlich. Und dann kommen noch Investitionszuweisungen obendrauf. Im laufenden Jahr sind es für die beiden Häuser zusammen etwa drei Millionen Euro. Von 2024 bis 2026 sind bisher über zehn Millionen Euro geplant.

Die Regierung betont in ihrem Schreiben in Bezug auf die zukünftige finanzwirtschaftliche Handlungsfähigkeit: „Die Geschäftsführung und der

Aufsichtsrat der Krankenhaus GmbH müssen dazu ungeachtet nach Ablauf der Bindungswirkung des Bürgerentscheids zeitnah und konsequent die richtigen Weichenstellungen vornehmen. Auch die Krankenhaus GmbH muss bei ihren Entscheidungen ihrer finanzwirtschaftlichen Gesamtverantwortung für den Landkreis (...) gerecht werden und einen Beitrag dazu leisten, nachhaltig und dauerhaft die Grundlagen der Finanzwirtschaft des Landkreises zu sichern.“

Von 2013 bis 2022 hat der Landkreis laut Landrätin rund 136,6 Millionen Euro an die Krankenhaus GmbH gezahlt. Etwa 65,3 Millionen Euro waren für den laufenden Betrieb, 71,3 Millionen für Investitionen in die beiden Standorte. Die Regierung schließt daraus: „Ein Schwerpunkt des kommunalpolitischen Handelns muss daher sein, rasch nach Lösungen zu suchen, die das Betriebsdefizit der Krankenhaus GmbH nachhaltig senken.“

Zudem wird in dem Schreiben auf die Landkreisordnung für den Freistaat Bayern von 2010 verwiesen. Demnach ist die Aufgabe einer Beteiligungsverwaltung „die finanzielle Situation und die Wirtschaftlichkeit zu überwachen, und zwar auch im Hinblick darauf, dass die aus der Beteiligung oder Trägerschaft des Unternehmens resultierenden Verpflichtungen die dauernde Leistungsfähigkeit der Kommune mitbestimmen“. Dass der Landkreis das bisher nicht ausreichend erfüllt, zeigt sich darin, dass zugunsten der beiden Krankenhäuser mehrere wichtige Investitionen gestrichen werden mussten (wir berichteten). Die Regierung kommentiert, sie sehe „mit Sorge, dass ein Teil der (...) verschobenen Investitionen Schulbauten betrifft, und zwar nicht nur Sanierungen, sondern auch Erweiterungen.“

Die Lage ist also ernst. Und zwar so sehr, dass nun eine Haushaltssperre von 30 Prozent im Kreistag beschlossen wurde. Verfügen könnte sie theoretisch auch die Landrätin selbst. Dem Anliegen, diesem Schritt durch ein gemeinsames Votum Nachdruck zu verleihen, folgte der Kreistag am Freitag aber. Die Sperre betrifft alle nicht gesetzlich und vertraglich gebundenen Ausgabeansätze der Beschaffungen des Verwaltungs- und des Vermögenshaushalts in einem Gesamtumfang 1,754 Millionen Euro.

Stark einschränken

Eine Haushaltssperre ist nichts anderes als ein Zahlstopp des Landkreises. Sie mache theoretisch vor nichts halt, das gehe „bis zum Ventilator in Schulen und Verwaltung“, verdeutlichte Kreiskämmerer Norbert Merk. Wobei im

konkreten Fall davon abgesehen wird, noch im laufenden Jahr die freiwilligen Leistungen einzubeziehen. Das geht auf einen Vorschlag der neu gegründeten Haushaltskonsolidierungskommission zurück. Sie riet von der Einbeziehung freiwilliger Leistungen ab, da dies „gerade im Sozialen Bereich zu erheblichen, kurzfristig nicht mehr kompensierbaren Einschränkungen der Angebotsstruktur führen würde, die sich auch und gerade zumindest in Teilen auf Pflichtaufgaben bzw. Sicherstellungsaufträge des Landkreises auswirken könnte“. Doch bleibt eine Kürzung der freiwilligen Leistungen für die Haushaltsjahre 2024 – 2026 ausdrücklich vorbehalten.

Ebenso sehe es beim Kreisumlagehebesatz aus, bewertete Merk dessen Anhebung von 54 auf 56 Punkte als weiterhin möglich. „Den Kommunen nicht zumutbar“, fand Frank Zellner (CSU). Das Maximum sei bereits erreicht. Ohne Anhebung sehe es mit schulischen und infrastrukturelle Investitionen aber schlecht aus, bestätigte Wolfgang Taffertshofer (BfL), Leiter der Haushaltskonsolidierungskommission. Und selbst wenn sich beim Krankenhaus eine für die Zukunft finanziell halbwegs auskömmliche Lösung findet: Ein dafür nötiger Transformationsprozess werde den Kreishaushalt noch mindestens zwei Jahre lang belasten, so Merk.

Unterm Strich bleibt für dieses Jahr: Weil die Krankenhaus GmbH eine höhere Stütze braucht als eingeplant, muss Geld her, aktuell 2,3 Millionen, um einen Nachtragshaushalt ohne genehmigungspflichtige Bestandteile hinzubekommen. Der Landkreis kratzt sein Geld zusammen – über jene gut 1,7 Millionen mittels Haushaltssperre und die 1,35 Millionen Einsparungspotenzial, die die Haushaltskonsolidierungskommission auf Basis von 68 Vorschlägen aus der Verwaltung, sieht.

Kreisräte im Bilde?

Inwieweit waren die Kreisräte über das ganze Ausmaß der Misere im Bilde? Dass stets alle Fakten auf dem Tisch lagen, darauf bestanden Jochner-Weiß und Merk. „Erschrocken“ zeigte sich dagegen Agnes Edenhofer (ÖDP). Eine angesichts des Schreibens „erschütterte“ Dr. Kerstin Engel (Grüne) sah sich nicht ausreichend informiert. „Ich bin nicht immer so gehört worden, wie ich es mir gewünscht hätte“, hielt Merk dagegen. Auch er sei entsetzt, meldete sich Michael Deibler (CSU) – allerdings über die Reaktion seiner beiden Gremiumskolleginnen. „Wir alle kennen die Situation.“ Es sei vernünftig gewirtschaftet worden; so zu tun „als wären wir pleite“, sei falsch – zur aus der Gesundheitsversorgung resultierenden finanziellen Belastung gelte es aber eine Lösung zu finden.